



erlassjahr.de
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel. (02 11) 46 93 - 1 96
Fax (02 11) 46 93 - 1 97
E-Mail: buero@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de

Die Streichung illegitimer Schulden ist möglich!

Über hundert Organisationen unterzeichneten mit ihrem Logo einen Brief an Bundeskanzlerin Merkel. Sie alle wollen nicht hinnehmen, dass die Bundesregierung in der Frage der illegitimen Schulden untätig bleibt. Die norwegische Regierung hat es Ende letzten Jahres vorgemacht: Die Streichung illegitimer Schulden ist möglich! Als Oppositionspolitikerin hat sie bereits vor ein paar Jahren – z.B. beim Katholikentag in Ulm - auf die Aktualität der Forderung nach Schuldenerlass hingewiesen. Jetzt wollen wir, dass Sie sich als Gastgeberin des G8-Gipfels in Heiligendamm verstärkt für dieses Thema einsetzt. Für unser Entschuldungsbündnis war der G8-Gipfel schon immer der wichtigste Termin im Jahr. Hier werden die Weichen gestellt für die internationalen Finanzmärkte und Entschuldungsmechanismen. HIPC, MDRI und wer weiß, wie die nächste tolle Idee heißt: diese Programme sind genauso kompliziert, wie sie sich anhören. Und nicht nur das: sie sind irreführend und unzureichend. Erlassjahr.de macht konkrete Vorschläge, wie Deutschland sich an die Spitze einer internationalen Initiative setzen kann (Briefs s. S.2). Wir erwarten in diesen Tagen die Antwort der Kanzlerin und bleiben dran - am Projekt „Illegitime Schulden streichen“.



I N H A L T

2	Brief an Bundeskanzlerin
3	Editorial
3	31. Ev. Kirchentag in Köln
4	G8-Gipfel – News
6	Sich einmischen ...
7	Auf nach Rostock!
8	G7-Finanzministertreffen
9	G7-Finanzministertreffen – Bilanz
11	2. Stuttgart Open Fair AFRODAD Speakers Tour
11	Was sind „illegitime Schulden“?
12	Parlamentarischerklärung zu Illegitimen Schulden
13	Meilensteine
14	DDR-Kriegsschiffe für Indonesien
15	Nicht nur die deutsche Politik hat sich schuldig gemacht.
16	Wie alle ein Schuldenproblem lösen wollten ...
17	Debt-to-Health Programm
17	Mitträgersversammlung 2007
18	Bestellliste
20	Personalia / Impressum

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit dem G8-Gipfel im kommenden Jahr in Heiligendamm verbindet sich für Entschuldungsaktivisten die Erinnerung an den letzten Gipfel in Deutschland 1999. Zusammen mit vielen weiteren Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands haben wir damals Schritte zur Entschuldung der ärmsten Länder gefordert und teilweise erreicht. Sie selbst haben seither - z.B. beim Katholikentag in Ulm - als Oppositionspolitikerin auf die Aktualität der Forderung nach Schuldenerlass hingewiesen.

Heute stellen wir fest, dass wir als Bürger dieses Landes noch immer von Zahlungen profitieren, die eigentlich nicht eingetrieben werden dürften, weil sie in einem funktionierenden Rechtsstaat als „sittenwidrig“ und daher als illegitim gelten würden.

So zahlt heute zum Beispiel die irakische Bevölkerung trotz eines Teilerlasses im Jahre 2004 noch immer Schulden, welche aus der Unterstützung der westlichen und östlichen Gläubigerländer für das Terrorregime Saddam Husseins und seinen Angriffskrieg gegen den Iran entstanden sind.

Rund um den Globus zahlt die Bevölkerung armer Länder für verfehlte Entwicklungsprojekte, bei denen eine unparteiische Instanz eine wesentliche Gläubiger-Mitverantwortung feststellen würde. Das philippinische Atomkraftwerk Bataan oder der von deutschen Firmen errichtete überdimensionierte Flughafen von Yaounde (Kamerun) sind Beispiele für solche verfehlten Projekte.

Trotz der Zugeständnisse, die Gläubigerländer vor und nach der Kölner Schuldeninitiative gemacht haben, fehlt noch immer ein internationaler Mechanismus, welcher die illegitimen von legitimen Forderungen an Staaten des Südens trennt.

Ein Schuldenmanagement, welches unverantwortliche Kreditvergabe nicht sanktioniert, schafft aber auch in Zukunft Anreize für solche Kredite und trägt damit erheblich zur Schaffung globaler Instabilität bei. Nicht zuletzt zeigen die Befürchtungen der internationalen Finanzinstitutionen und des Bundesfinanzministeriums hinsichtlich einer erneuten Überschuldung von einmal entlasteten Ländern, wie dringend eine handhabbare Unterscheidung zwischen entwicklungsfördernder und entwicklungsschädlicher Kreditvergabe ist.

Der bevorstehende Gipfel in Heiligendamm gibt Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Möglichkeit zu einer internationalen Initiative an diesem Punkt. Deutschland würde damit seit 1999 erstmals wieder in einer wichtigen Nord-Süd-Frage eine Vorreiter-Rolle übernehmen. Gleichwohl stünde Ihre Regierung damit keinesfalls allein:

Norwegen hat Anfang Oktober eigene Forderungen an fünf Länder unter Verweis auf seine Mitverantwortung als Gläubiger vollständig gestrichen. Gleichzeitig hat Oslo bei Weltbank und UNCTAD eine Überprüfung der Kriterien und der Rechtsgrundlagen für eine Beurteilung illegitimer Schulden in Auftrag gegeben.

Deutschland kann als Gastgeber der G8 diesen Impuls aufnehmen und mit seinem politischen Gewicht eine internationale Initiative anstoßen.

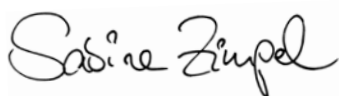
Konkret:

- Setzen Sie die Diskussion über die Legitimität von Schulden auf die Tagesordnung der G8.
- Bringen Sie die inhaltliche Diskussion auf internationalen Foren wie den G7-Finanzministern, den G20 und dem UNO-Prozess "Financing for Development" voran;
- überprüfen Sie Deutschlands eigene Forderungen an die Länder des Südens nach dem norwegischen Vorbild.

Sie können dabei auf wichtige Vorarbeiten aufbauen. So hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereits 2005 eine Expertise eingeholt, die, in Übereinstimmung mit internationalem Sachverstand, darlegt, dass eine Überprüfung der Legitimität von Forderungen machbar ist.

Nach den Teilerlassen durch die multilateralen Initiativen 1996, 1999 und 2005 ist Entschuldung heute nicht mehr eine Frage größerer oder kleinerer Erlasse, sondern in erster Linie eine Frage der Qualität der internationalen Finanzarchitektur. Nur, wenn es gelingt, auch international rechtsstaatlichen Verhältnissen näher zu kommen, kann die Gefahr weiterer Destabilisierungen von Staaten im Süden gebannt werden.

Mit freundlichen Grüßen,



für die unterzeichnenden Organisationen
Sabine Zimpel, erlassjahr.de

Editorial

Es ist bald soweit,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

In ein paar Wochen sehen wir uns in Rostock und treten dort gemeinsam für eine bessere Entschuldungspolitik ein. Wenn eine handvoll Regierungschefs sich treffen, um das Schicksal von Milliarden Menschen zu entscheiden, müssen wir Sie an diese große Verantwortung erinnern.

Die Informationen in dieser Ausgabe des Entschuldungskuriers sollen Sie in die Lage versetzen, sich ein Bild unserer aktuellen Anliegen und der Situation zum Gipfelprotest im Juni in Rostock zu machen (S. 4). Mit vielen hundert knallroten XXL-Ballons fordern wir in einer internationalen Koalition von Entschuldungsaktivisten „Illegitime Schulden streichen“. Was das ist und was das soll, lesen Sie auf S. 11. Wie wir versuchen, das Thema in die Köpfe der Entscheidungsträger in den Parlamenten zu bekommen, finden Sie auf den Seiten 12 und 13. Unterstützen Sie uns, indem Sie ihren Abgeordneten, in Ihrem Wahlkreis die Parlamentarier-Erklärung zur Unterschrift vorlegen. Sie haben ein Kino in Ihrer Stadt? Prima! Bieten Sie Ihnen unseren neuen einminütigen Spot an! Wie das geht, erfahren Sie auf S.17. Hier finden Sie auch die Einladung zur diesjährigen Mitträgerversammlung, bei der wir Ihre Ideen und Ihr Mitwirken brauchen. Viele kleine Schritte sind notwendig. Gehen Sie mit!

Frühlingsbunte Grüße sendet

Sabine Zimpel

Campaignerin bei erlassjahr.de



Lebendig und kräftig und schärfer (Hebr. 4,12)

Unter dieser Losung treffen sich beim 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 6.-10. Juni in Köln mehr als 100.000 Menschen aus Deutschland und der ganzen Welt.

Unser Entschuldungsbündnis beteiligt sich mit dem Schuldturn und einem Foto-Shooting auf dem Markt der Möglichkeiten. Der Schuldturn macht auf bedrückende Weise deutlich, das es einen Ausweg aus dem Schuldendilemma gibt, man muss ihn nur finden. Beim Foto-Shooting kann man sich als Gold- und Edelstein behangener Diktator

fotografieren lassen und man erfährt, warum Staatskredite nichts im privaten Portemonnaie zu suchen haben. Zu Erleben sind wir außerdem bei einem Talk auf der Hauptbühne vor dem Kölner Dom am Samstag um 11 Uhr mit prominenten Gästen: Dr. Erhard Eppler, Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit a.D. und Charity Musamba von Jubilee Zambia. Der Talk wird moderiert von Dr. Georg Stoll, Misereor. Weitere Informationen im erlassjahr.de-Büro (s.Rückseite)



Kleiner erlassjahr.de-Fahrplan

Donnerstag	06. 06.	2007	11:00	Bühne Markt der Möglichkeiten
Donnerstag	06. 06.	2007	19:00	Prominentes Podium
Samstag	09. 06.	2007	12:00	Bühne Domplatz



G8-Gipfel in Heiligendamm – News



Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungschefs der sieben mächtigsten Industrieländer und Russlands zum G8-Gipfel im deutschen Ostseebad Heiligendamm. Für uns als Entschuldungsbündnis bedeutet ein G8-Gipfel auch immer neue Weichenstellungen für die internationale Finanzarchitektur. Der Protest gegen die Politik der G8 wird seit über eineinhalb Jahren geplant und konkretisiert sich in einer ganzen Aktionswoche mit Alternativgipfel, Demo, Blockaden, Camp und vielen anderen Aktionen. Erlassjahr.de arbeitet von Anfang an in den verschiedenen Vorbereitungsgremien des Protestes mit über 50 Organisationen mit. Besonders freut uns, dass das große katholische Hilfswerk Misereor zu den Vorbereitern dazu gestoßen ist. Die größte Energie stecken wir in die Großdemonstration. Wir wollen mit mehreren tausend Menschen und mindestens 1000 gasgefüllten XXL-Ballons in Rostock sein. Wie zu erwarten, verlaufen auch die Gespräche mit Ordnungsbehörde und Polizei in Rostock („Kavala“) in freundlicher Atmosphäre und sind sehr fruchtbar. Diese erste große Veranstaltung zum Gipfel-Protest in Rostock wird von allen Seiten als besonders friedlich erwartet. Wir arbeiten mit allen Kräften an einer großen und bunten „Kind-und-Kegel-Demo“. Die Planungen gehen von mehr als 100000 Menschen aus - was allen Beteiligten, vor allem in einer kleinen Stadt wie Rostock, ein besonderes Organisationstalent abverlangt. So wird es beispielsweise 2 Demozüge mit 3 Auftaktorten geben, weil wir sonst rund 12 Stunden laufen würden. Der Auftaktort für alle Entschuldungsaktivisten wird die Marienkirche in der Rostocker Innenstadt sein (s.Kasten).



Alle Unterstützer unseres Entschuldungsbündnisses erlassjahr.de sind am Morgen des 2. Juni zwischen 9:00 und 12:00 Uhr eingeladen, sich an der Marienkirche einen gasgefüllten XXL-Ballon abzuholen.

Die Marienkirche bietet mit einer Andacht den 3. Auftaktort zur Großdemonstration, die wir mit Musik und Worten mitgestalten werden.

Demonstration vor dem G8-Gipfel am 2.Juni

Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ (Another world is possible!) ruft ein breites Bündnis für Samstag, den 2. Juni 2007 zu einer internationalen Demonstration gegen den Gipfel in der Rostocker Innenstadt auf. Für Menschen die schon früher kommen möchten gibt es am Freitag zuvor ab ca. 18 Uhr den „öffentlichen Soundscheck“ im Stadthafen mit bekannten Musikern und Künstlern.

Demo-Ablauf

11:00 Vorprogramm an den Auftaktorten

12:00 Auftaktveranstaltungen

13:00 Demo-Beginn Richtung Stadthafen

16:00 Abschlusskundgebung mit Reden und Musik

18:00 Abschluss Musikprogramm mit bekannten deutschen und internationalen Bands



Außerdem angekündigt:

Motivwagen, Camps,

Fahrradkarawanen,

Motorradkarawane, Infopoints,

Samba-Bands, Clowns Army,

Großpuppenaktionen,

Volxküchen, Radiosender,

Alternatives Medienzentrum,

Aktionen kirchlicher Gruppen,

Gottesdienste,

UN-Millenniumskampagne, etc. etc.



Es gibt endlich ein **Informationsbüro** des G8-Protestes in Rostock:

Hermannstr. 36 (Ökohaus)
18055 Rostock
Öffnungszeiten:
dienstags und donnerstags
von 10.00 bis 18.00 Uhr

Einladung zur 3. Aktionskonferenz in Rostock 13. - 15. April 2007

Wie schon im April und November vergangenen Jahres, laden wir gemeinsam mit dem gesamten Protestbündnis zu einer Aktionskonferenz ein. Bei diesem letzten großen internationalen Treffen vor dem Gipfel interessiert uns vor allem, wie genau sich einzelne Teilnehmer einbringen können

Die Workshops werden im neuen G8-Protest-Zentrum der Ehm-Welk-Schule stattfinden: Für die Plena wird eine Turnhalle angemietet. Die großen Abendpodien am Freitag und am Samstag werden in einer der Kirchen Rostocks stattfinden.

Anreise und Übernachtung

Bitte reisen Sie am Vortag an! Bitte kommen Sie nicht mit dem Privat-PKW!

Rostock ist zwar eine der schönsten Städte Deutschlands, aber leider auch eine sehr kleine Stadt. Das heißt: haben Sie noch keine Unterkunft, wird es höchste Zeit etwas zu buchen. Es wird Zeltplätze geben, ein Zelt sollten Sie sich dann jedoch mitbringen. Der Bahnsteig ist so kurz, dass nur kleinere Züge halten können. Also verlassen Sie sich nicht auf den Zug, der erst um 11 Uhr in Rostock ankommt. Er wird übertoll sein. Die Busse werden sie am Auftaktort aussteigen lassen und dann am Ort der Abschlusskundgebung wieder abholen. Die Busse werden zuvor gekennzeichnet und Sie müssen sich Farbe und Nummer für die Rückfahrt merken.

Wir haben keine eigenen Sonderzüge vorgesehen, aber Attac bietet Plätze in Sonderzügen an. Diese geben die einmalige Chance, bereits den Weg nach Heiligendamm zu einem politischen Ereignis zu machen: Wann sonst reist man schon mit genügend Zeit unter Hunderten von begeisterten Menschen, die dieselben Interessen und Ideale verfolgen? In jedem Zug gibt es einen Gemeinschaftswagen, in dem Treffen und Besprechungen abgehalten werden können. In allen Waggons trifft man auf Gleichgesinnte aus der ganzen Republik, Österreich, Frankreich und der Schweiz.

Aktuelle Infos auf der Attac G8-Sonderzug-Seite: www.attac.de/sonderzug, Tel.: (069) 900 281-21

Im Internet gibt es demnächst auch eine Busbörse zu der wir dann verlinken: www.erlassjahr.de

Unterstützen Sie uns. Heute!

Senden Sie die Postkarten im Mitteteil dieses Kuriers an einen Menschen, den Sie auf uns und unseren G8-Protest aufmerksam machen wollen. Es sind noch ein paar Wochen Zeit ... vielleicht bekommen Sie dann gemeinsam den letzten Schubs, sich doch noch aufzumachen nach Rostock.

Sei Teil dieser großen Bewegung.



Die aus dem Protestbündnis zusammen gesetzte Demo-AG hat eine hauptamtliche Kraft für die Organisation der Demo eingestellt und bezieht 2 Büro-Räume in der von der Stadt Rostock zur Verfügung gestellten Ehm-Welk-Schule.

Sich einmischen, mitmischen, mitgestalten

Verantwortung übernehmen: aus evangelischer Perspektive

Muss eine Protestantin gegen die Auslandsverschuldung sein und gegen den Weltwirtschaftsgipfel? Gegen Hunger und Armut in der Welt, gegen die Übermacht der Konzerne, gegen Fast-Food, gegen genmanipuliertes Essen, für ein Tempolimit in Deutschland, für den fairen Handel?

Für oder gegen welche inhaltliche Position ich mich entscheide, möchte ich persönlich lieber im Einzelfall mit inhaltlichen Argumenten abwägen und weniger mit biblischen Texten oder kirchlichen Verlautbarungen. Ich persönlich finde das schwierig, weil ich schon zu oft Eiferer gehört habe, die aus ein und demselben biblischen Text die unterschiedlichsten Schlussfolgerungen und Handlungsanweisungen formuliert haben.

Eine leidenschaftliche Suche

Aber das Nachdenken darüber, welche politischen Werte auf jeden Fall erhalten werden müssen wie auch das Überlegen, wie sie in den jeweiligen Gesellschaften gelebt werden können, das ist etwas, an dem sich Protestanten auf jeden Fall beteiligen sollten. Protestanten sind ihren Wurzeln nach aus einer Situation des Streits, der Auseinandersetzung, der leidenschaftlichen Suche nach einer als richtiger empfundenen Lebensweise hervorgegangen: Luthers Streit mit seiner kirchlichen Obrigkeit.

Streiten im guten Sinne auf der Suche nach Lösungen, das können Protestanten einbringen in innergesellschaftliche oder auch globale Suchprozesse für ein zukunftstaugliches Leben für alle Menschen.

Lust zur Auseinandersetzung

Protestanten bringen die Lust zur Auseinandersetzung mit. Das ist nicht immer angenehm, oft mühsam, könnte so manches Mal freundlicher sein aber es trägt etwas von unschätzbarem Wert in sich, das wichtiger wird, je mehr wir mit verschiedenen Religionen und Kulturen in einer globalisierten Welt miteinander auskommen müssen: die Grundannahme, dass Auseinandersetzung und Streit nicht nur dazu gehört, sondern ein Weg ist, über den man sich annähert. Und diese positive Einstellung zur Auseinandersetzung betrachtet die Akteure als gleich berechnete Partner auf der Suche nach einer guten Lösung für alle.

Bei der öffentlichen Diskussion um die Suche nach globalen Lösungen gehören Protestanten mit ihrer Streitkultur dazu aber auch wegen ihrer gern vorgetragenen Frage an sich selbst und die Welt insgesamt, ob es richtig sein kann, wenn wir alle oder ich selbst dieses oder jenes tue, ohne mir der möglichen negativen Folgen bewusst zu werden.

Das Verwickeltsein in globale Strukturen, das eigene Handeln und die daraus erwachsenden Folgen verantworten zu müssen z.B. vor den eigenen Kindern, wird ebenfalls zum Antrieb, um sich einzumischen und mitzugestalten.

Tun was geht

Die Fähigkeit zum Streit mit Worten, die Einsicht in die Notwendigkeit mühsamer Suchprozesse, die Achtung des Gegenübers in der Auseinandersetzung und die immer wieder praktizierte kritische Distanz zu sich selbst, das gibt insgesamt eine gute Portion Gelassenheit.

Nicht Selbstzufriedenheit, sondern das Gefühl, getan zu haben was geht. So wie Martin Luther, der auf die Frage, was er denn tun würde, wenn er wüsste, dass morgen die Welt unterginge, geantwortet haben soll, er werde noch heute ein Apfelbäumchen pflanzen...

*Dr. Cornelia Johnsdorf,
Ev.-Lutherische Landeskirche Hannover,
Mitglied des Bündnisses von erlassjahr.de*





Auf nach Rostock!

Warum sich (auch) Kirchengemeinden am Protest beteiligen

Auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren gehört (jenseits von Fronleichnam) nicht gerade zu den Ausdrucksformen katholischer Kirchengemeinden. Und dennoch bin ich der Überzeugung, dass sie es in diesem Jahr unbedingt tun sollten. Sie sollen sich an der Demonstration am 2. Juni in Rostock beteiligen. Sie sollten sich aufmachen und für einen weiteren Erlass von Auslandsschulden eintreten, Ballons mit vielen Unterschriften für die Streichung vor allem illegitimer Schulden sichtbar durch die Straßen von Rostock tragen und für die gerechte Lösung des Schuldenproblems durch ein faires und transparentes Schiedsverfahren werben.

Warum gerade Kirchengemeinden? Warum gerade Christinnen und Christen? Natürlich kann man die Geschichte der Erlassjahr-Kampagne bemühen, die schon immer überwiegend von kirchlichen Gruppen getragen wurde. Natürlich kann man sich berufen auf Levitikus 25,10 („Und ihr sollt Freilassung ausrufen im Lande für alle seine Bewohner“) oder Deuteronomium 15,1 („Am Ende von sieben Jahren sollst du Erlass gewähren“). Gerade im Blick auf das Heilige Jahr 2000 haben dies mit Papst Johannes Paul II. viele katholische Gruppen zu Recht getan. Aber gerade daran wurde auch oft Kritik geäußert: Wird hier nicht vorschnell und unzulässig eine historisch bedingte Rechtsverordnung aus dem alten Israel, von der man noch dazu nicht genau weiß, ob sie jemals so umgesetzt wurde, auf unsere globalisierte Weltwirtschaft übertragen? Mag sein. Meiner Ansicht nach hat das Bündnis erlassjahr.de seine konkreten politischen Vorschläge daher nie direkt aus dem Alten Testament heraus entwickelt – sondern immer im Kontext der heutigen komplexen Situation. Und ein Rückgriff allein auf die beiden einschlägigen Stellen aus den fünf Büchern Mose würde mir theologisch nicht ausreichen,

um meinen Einsatz für mehr Gerechtigkeit im Schuldenmanagement zu rechtfertigen.

Einsatz für weltweite Gerechtigkeit

Zwei theologische Argumente möchte ich nennen, die meines Erachtens für Christinnen und Christen, für Kirchengemeinden, tragfähig genug sind, sich auf die Risiken und Strapazen einer Demonstration beim G8-Gipfel einzulassen. Das erste ist eher abstrakt: Es gehört unübersehbar zum Kern der Botschaft Jesu, dass Gottes Liebe und Aufmerksamkeit besonders den Armen und Unterdrückten gilt. Im Reich Gottes werden die Mächtigen vom Thron gestürzt, die Niedrigen erhöht, die Hungrigen beschenkt. Die Reichen werden leer ausgehen. Diese Verheißung ermutigt die Armen – und fordert mich zum unbedingten Einsatz für weltweite Gerechtigkeit heraus. Über die genauen Wege zur Herstellung dieser Gerechtigkeit muss ich – auch mit anderen Christinnen und Christen – trefflich streiten (kommunikativ dann nicht mehr im Rahmen des Religionssystems, sondern des Systems der Politik und der Wirtschaft).

Partnerschaften mit Kirchen des Südens

Das zweite Argument ist ein eher kirchliches. Seit jetzt 25 Jahren ist die Diözese Hildesheim mit der Kirche in Bolivien partnerschaftlich verbunden. Diese Erfahrung teilt sie mit den vielen Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen, die oft noch viel länger intensive Beziehungen zu Christinnen und Christen in den Ländern des Südens unterhalten. Oft waren und sind diese Beziehungen durch den Transfer von Geldleistungen vom Norden in den Süden bestimmt. Ich bin weiterhin davon überzeugt, dass eine kirchliche Partnerschaft nicht übersehen kann, dass wir als wohlhabende Kirche im Norden eine Verpflichtung zum Teilen unseres Eigentums

haben. Unsere Partner in Bolivien haben uns aber noch eine andere Frage gestellt:

Was tut ihr denn, ihr unsere Schwestern und Brüder im Bistum Hildesheim – was tut ihr dafür, dass wir nicht mehr unter der Schuldenlast zu leiden haben, die durch die Kreditvergabe auch eurer Banken, eurer Regierung, eurer Unternehmen zustande gekommen ist? Diese Frage nach der Ernsthaftigkeit der kirchlichen Verbundenheit untereinander war der Beginn einer wirklich partnerschaftlichen politischen Allianz für mehr Schuldenerlass in Bolivien. Kirchliche Partnerschaften können sich nicht in – noch so notwendigen – finanziellen Transferleistungen erschöpfen.

Beide theologischen Argumente sind für mich ausreichend für die Wahl der Zielrichtung meiner politischen Option für einen Schuldenerlass und Motivation genug, mich dafür am 2. Juni in Rostock einzusetzen.

Ich weiß natürlich: Nur wenige aus einer Kirchengemeinde werden es sein, die nach Rostock fahren. Wahrscheinlich auch nur wenige der vielen Kirchengemeinden, die es in Deutschland gibt. Vielleicht sind sie in anderen Handlungsfeldern engagiert. Oder nicht in der Lage oder zu vorsichtig, etc.. Oder sie teilen die politischen Optionen nicht, die sich für mich aus der Botschaft vom Reich Gottes ergeben. Das erfordert dann die politisch-argumentative Auseinandersetzung über den besten Weg zu mehr weltweiter Gerechtigkeit. Dass diese aber Ziel politischen Handelns sein muss, steht für mich als Christen außer Frage – und allein auch um das zu demonstrieren, fahre ich nach Rostock.

Dr. Matthias Woiwode, Diözese Hildesheim, Mitglied des Bündnisses von erlassjahr.de

G7-Finanzministertreffen in Essen 9.-10. Februar 2007

Generalprobe für Demo in Rostock

Wenn die Finanzminister der sieben selbsternannten Herrscher der Welt sich treffen, darf unser Entschuldungsbündnis nicht fehlen und muss laut ausrufen, was wir von deren Politik halten. So auch im Februar in Essen. Am Freitag des Treffens wurde die neue Studie „Leichen im Keller“, die erlassjahr.de zusammen mit den Partnerorganisationen der anderen G7-Staaten erarbeitet hat, der Presseöffentlichkeit vorgestellt.

Die deutschen „Leichen im Keller“ (s.a. Artikel hier) wurden von Peter Lanzet (EED) und Jürgen Kaiser (erlassjahr.de) vorgestellt. Gail Hurley vom europäischen Entschuldungsnetzwerk Eurodad reiste aus Brüssel an, um die gesamte internationale Studie vorzustellen. Wir haben uns nahe des Presseentrums in der Erlöserkirche eingemietet – vielen Dank an dieser Stelle für die

offenen Arme und die Hilfestellung.

Zeitgleich hat erlassjahr.de zusammen mit der Organisation „Deine Stimme gegen Armut“ und dem „Aktionsbündnis gegen Aids“ zu einem Bildtermin für die Presse eingeladen. Dabei zeigten die roten erlassjahr.de-Ballons unsere Forderung nach Streichung illegitimer Schulden, auf weißen Ballons prangte die angekündigte und die tatsächlich gezahlte Entwicklungshilfequote der beteiligten G7-Länder. Dazu zerrten als Ärzte verkleidete Aktivisten an den als G7-Finanzministern verkleideten Aktivisten, um sie zum Herausrücken des Geldes zu bewegen. Nachdem die Finanzminister überzeugt waren, zerrissen sie die Schuldenkette. Leider zu schön, um real zu sein. Aber genau daran arbeiten wir ja noch.



Ballonbefüllung

In den deutschen Medien gab es leider nur kurze Meldungen über erlassjahr.de zu sehen, umso erfreulicher ist das riesige internationale Interesse, dass wir verzeichnen konnten. So berichtete z.B. das US-amerikanische und das italienische Fernsehen auf ihren ersten Sendern und einige internationale Printmedien brachten unser Foto sehr großformatig. Mit der Unterstützung der Kindernothilfe und der internationalen Organisation DATA (Debt, Aids, Trade, Afrika) gelangen uns professionelle Fotos, die sofort im Internet abrufbar waren. Alles in allem also eine perfekte Kooperation mehrerer großer Organisationen.



Fotografen vor dem Pressezentrum

Tags darauf rief das Essener Bündnis gegen die G7 zu einer Demonstration in der Fußgängerzone auf. Erlassjahr.de war auch hier Teil des Vorbereitungsprozesses und hat einen nicht unerheblichen Teil der Demonstranten gestellt. Unsere knallroten XXL-Ballons schwebten über allen Köpfen und posaunten unsere Forderung nach Streichung illegitimer Schulden in die Welt. Wir finden es wichtig, dass man seine Meinung laut und bunt ausdrückt, wie z.B. auch bei einer Demonstration üblich: mit Reden, Musik, Transparenten und in diesem Fall mit Ballons.

Das Laufen mit dem Ballon ist weniger schwierig als gedacht und die Qualität des Materials ist hervorragend: kein einziger Ballon ist geplatzt. Das Befüllen mit Gas und das Verschließen dauert so seine Zeit – in Rostock wird dies von einem Techniker in wesentlich kürzerer Zeit erledigt. Trotz der überwiegend roten Fahnen waren unsere Ballons eindeutig DIE Hingucker. Also:

Auf nach Rostock!

Sabine Zimpel, erlassjahr.de, Februar 2007



Finanzminister zerreißen Schuldenkette

Foto rechte Seite:

Demo zum G7-Finanzminister-Treffen in Essen

Nullrunde für Armutsbekämpfung:

Eine Bilanz des G7-Finanzministertreffens in Essen

Bemisst man die Bedeutung von Entwicklungsländern und des Themas Armutsbekämpfung beim diesjährigen G8-Gipfel nach der Abschlusserklärung der G7-Finanzministertreffen in Essen, dann sind beide schlicht abgehängt. Bestenfalls wird über AIDS und Bildung in Entwicklungsländern gesprochen, allerdings nicht über zusätzliche Mittel dafür.

Das Wort „Armutreduzierung“ ist im Zusammenhang mit „Welthandel“ in der gemeinsamen Erklärung von dem Treffen enthalten. Wenn es mehr Welthandel gibt, werden die Volkswirtschaften wachsen und dann erhalten auch die Armen ihren Teil vom größer werdenden Kuchen. Hier muss man fragen - etwas salopp formuliert - diese Finanzminister noch richtig? Erstens haben Europa und die USA die Welthandelsrunde zum Stillstand gebracht, weil sie den ärmeren Ländern die weitere Öffnung ihrer Märkte versagt haben. Und zweitens sagt selbst die Weltbank heute, dass die Reduzierung der Armut eine aktive Umverteilung braucht.

Good governance und Stabilität des Weltfinanzsystems

Den Afrikanern bietet man eine „Reformpartnerschaft“ für bessere Regierungsführung an. Da trifft es sich gut, dass dieses wichtige Programm bereits in den meisten Länderplanungen von BMZ bis Weltbank enthalten ist. Es wird also kaum etwas zusätzlich kosten. Die Erfüllung der „Gleneagles- Versprechen (für Afrika 50 Mrd. US-Dollar Entwicklungshilfe bis 2010, 100% multilaterale Entschuldung für die HIPC's) steht nicht auf dem Programm, ebenso wenig wie die Flugticketabgabe oder Handelserleichterungen für Entwicklungsländer.

Gerade auch die Entwicklungsländer sind an der Stabilität des Weltfinanzsystems interessiert. Bei der Asienkrise 1989 verlor die indonesische Rupia 140% ihrer Kaufkraft, 20 Mio. Menschen verarmten. Die 125 Nettoschuldnerländer dieser Welt sind sehr an Finanzstabilität interessiert. Daher ist es zu begrüßen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel sich während ihrer G8-Präsident-

schaft um die Stabilität des Weltfinanzsystems kümmern will. Gefahren für das System gehen von Devisenreserven von über 3400 Mrd. US Dollar aus, die Schwellenländer mit großen Handelsüberschüssen wie China, Südkorea oder Ölförderländer wie Nigeria oder die Arabischen Staaten angesammelt haben. Gäbe es jetzt einen Konjunkturreinbruch in den USA und eine Flucht aus dem Dollar, könnte der Herdentrieb der Anleger für einen drastischen Wertverlust der US- Währung sorgen mit allen damit verbunden Folgen für die Weltwirtschaft.

Hedge-Fonds

Risiken gehen auch von den Hedge-Fonds aus. Sollten mehrere sehr große Wetten von den Hedge-Fonds verloren werden, die sie mit geliehenem Geld eingegangen sind, könnten sie beteiligte Banken in ihre Zahlungsunfähigkeit mit hinein ziehen und so eine Lawine der Insolvenz auslösen.

Vor dem Treffen der G7-Finanzminister spekulierten die Finanzgazetten, ob die Finanzminister sich trauen würden, den Hedge-Fonds Zügel anzulegen. Das würde u.a. bedeuten, den Steuerparadiesen Privilegien zu entziehen, wo die überwiegende Zahl der Hedge-Fonds registriert sind. Die Finanzminister ziehen es stattdessen vor, die Situation „weiter zu beobachten“. Sie sind auf ganzer Linie vor den Hedge-Fonds eingeknickt.

Dabei wurden eine Reihe sinnvoller Vorschläge zur Prävention von Krisen in die internationale Debatte eingebracht, darunter ein Insolvenzrecht für Staaten, die Tobin, bzw. die Spahn- Tax, eine Internationale Steuerorganisation und die Regulierung der Steuerparadiese. Und was tun die Finanzminister? Sie hoffen auf die Risiko reduzierende Wirkung von Anleihemärkten in Schwellenländern. Das ist völlig inadäquat.

Die G8 wollen unter sich bleiben, die eigenen Investitionen in der Welt erweitern und absichern. Armutsbekämpfung und Entwicklung stehen dabei nicht im Vordergrund.

Daher müssen die zivilgesellschaftlichen Organisationen den Druck auf die G8 erhöhen. Wenige aber konkrete Forderungen sollten mit allen Mitteln in der Politik und der Öffentlichkeit vertreten werden. Der Verzicht auf die Rückforderung unbezahlbarer und illegitimer Schulden sowie die Verhinderung erneuter untragbar hoher Verschuldungssituationen gehören unbedingt dazu. Andernfalls steht zu befürchten, dass dieser G8- Gipfel keinen spezifischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und Entwicklung leisten wird.

*Peter Lanzet, Evangelischer
Entwicklungsdienst, Lenkungskreis
erlassjahr.de, März 2007*



2. Stuttgart Open Fair 2007, Festival zum Weltsozialforum in Nairobi, Kenya

Welt Statt Markt auf dem Marktplatz



Neben fairem Essen stellten über 60 Gruppen und Organisationen aus der Region Stuttgart ihre Arbeit und Produkte vor. Unter ihnen Künstler mit ihren Kunstwerken und viele Organisationen mit Informations- und Mitmach-Angeboten. Erlassjahr.de präsentierte in Eis und Schnee die neuen roten XXL-Ballons. Mit Gas gefüllt, nahmen sie in ihrer unglaublichen Größe hunderte von Unterschriften auf. Jede Unterschrift war verbunden mit

Gesprächen über illegitime Schulden. „Was ist das eigentlich?“ heißt es als erstes. Und schon ist man im Gespräch.

Das Stuttgarter Open Fair wird organisiert vom Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, und dem Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung, ZEB.



Heiningen, den 28. Januar 2007

Liebe Sabine, liebe Erlassjahr-Mitstreiterinnen und -Mitstreiter in der Region,

gerne denke ich an unser Winterfestival: kalt, weiß, sonnig und sehr gelungen!

„Es hat Spaß gemacht“, mit den Ballons umherzustreifen“, habt Ihr gesagt. Herzlichen Dank für Euren kompetenten und fröhlichen Einsatz mit den Erlassjahr-Ballons auf dem Stuttgarter Marktplatz. Es war ein unvergesslichen Tag!

Die Workshops im Rathaus waren gut besucht. Spannende Gegenentwürfe zu den neoliberalen Modellen von Politik und Wirtschaft wurden diskutiert. In den Workshop, „Illegitime Schulden streichen - auf dem Weg zum G8 Gipfel in Heiligendamm“, kamen um 17.30 Uhr etwa 30 überwiegend junge Leute: Schüler, Studierende und Berufstätige.

Ich bin zufrieden nach Hause gefahren und irgendwann im Laufe des späteren Abends auch wieder aufgetaut.

Herzgruß Eure Linde



In Planung:

19.5. - 2.6.07

Mit einem/r Vertreter/in des Afrikanischen Entschuldungsnetzwerks AFRODAD.

AFRODAD Speakers Tour

Die Bundesregierung hat Afrika und zu einem thematischen Schwerpunkt des G8-Gipfels in Heiligendamm erklärt, lässt aber bislang nicht erkennen, dass sie im Hinblick auf die zentrale erlassjahr.de-Forderung nach einer Streichung der illegitimen Schulden des Kontinents Initiativen ergreifen wird.

Aus diesem Grund wollen erlassjahr.de und AFRODAD den Druck auf die Bundesregierung erhöhen und in einer Serie von größeren und kleineren Veranstaltungen in ganz Deutschland der Öffentlichkeit des G8-Gastgeberlandes die afrikanische Wirklichkeit und das anhaltende Schuldenproblem näher bringen. Die Tour soll mit dem G7-Finanzministertreffen am 18.5. in Potsdam beginnen, und am 2.6. mit der Großdemonstration in Rostock und dem anschließenden Gegenkongress enden. In diesem Zeitraum soll ein/e Vertreter/in von AFRODAD in Deutschland für regionale und lokale Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Wir schließen damit an die sehr erfolgreiche Speakers Tour mit Vertretern des lateinamerikanischen Netzwerks LATINDADD im vergangenen Jahr an. In diesem Jahr soll die Tour insbesondere erlassjahr.de-Mitträger und engagierte Gruppen und Gemeinden unterstützen, welche sich an der Ballon-Aktion „Illegitime Schulden: streichen“ zum G8-Gipfel beteiligen – quasi im Endspurt nach Heiligendamm.

Der Titel der Speakers Tour lautet
*„History made Poverty –
Afrikas illegitime Schulden streichen“*

Wie im letzten Jahr lädt erlassjahr.de den/ die Referent/in ein und stellt auf Wunsch eine/n mitreisende/n Übersetzer/in zur Verfügung. Lokale Veranstalter müssen die Kosten der Veranstaltung, gegebenenfalls eine Übernachtung vor Ort organisieren und – so weit möglich – einen Beitrag zu den innerdeutschen Reisekosten übernehmen.

Weitere Informationen:

Jürgen Kaiser, Hartmut Kowsky,
erlassjahr.de 0211/4693-196
Informationen über AFRODAD unter:
www.afrodad.org.
erlassjahr.de, Düsseldorf 9. 3. 07

Was sind eigentlich „illegitime Schulden“?

Das Thema „Illegitime Schulden“ ist in der internationalen Entschuldungsbewegung schon lange auf der Tagesordnung und wird uns auch weit über den G8-Gipfel hinaus begleiten.

Es gibt eine Erklärung aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, von Alexander Sack, an die man sich bis heute anlehnt. Man spricht von der „Doktrin der verabscheuungswürdigen Schulden“ (Doctrine of odious debts). Schulden sind demnach illegitim, wenn

1. die Bevölkerung des Schuldnerlandes weder Einfluss auf die Kreditaufnahme noch auf die Kreditverwendung hatte
2. der Kredit nicht im Interesse oder sogar gegen das Interesse der Bevölkerung eingesetzt wurde
3. die Gläubiger den Kredit vergeben haben, obwohl ihnen beide vorher genannten Tatsachen bewusst waren

Diese Erklärung muss heute auch in Zusammenhang mit dem Völkerrecht gesehen werden, dass sich seit den 20er Jahren allerdings kräftig weiter entwickelt hat: eine Reihe von internationalen Verträgen und Abkommen sind hinzukommen, die sich für eine noch klarere Begründung der Illegitimität von Schulden heranziehen lassen. Wichtige Änderungen und Ergänzungen, wie die Charta der Vereinten Nationen, die Wiener Vertragsrechtskonvention und die Pakte zum Schutz der Menschenrechte sind Jahrzehnte nach der Formulierung der Doktrin verabschiedet worden. Wenn Völkerrechtler also heute von odious debts sprechen, meinen sie Schulden, die so sehr im Widerspruch zu den Interessen des Nachfolgestaates standen, dass dem eine Übernahme dieser Verpflichtungen nicht zugemutet werden kann.

Denn: leider trägt nicht jedes internationale Kreditgeschäft dazu bei, der Bevölkerung zu helfen. Im Gegenteil: manche Kredite dienen eher der Unterdrückung. Allerdings wird erwartet, dass die Bevölkerung mit Steuern und Abgaben letztlich den Gläubiger ausbezahlt. Mit vollem Bewusstsein der Gläubiger werden Kredite missbraucht und man weiß mittlerweile, dass nahezu alle Industrieländer in dieser Hinsicht irgendwelche „Leichen im Keller“ (s. Artikel in dieser Ausgabe) haben. Von den französischen Krediten an das Völkermordregime in Ruanda, über britische Waffenexporte an den Diktator Suharto, die Zusammenarbeit der beiden Deutschlands mit Saddam Hussein, und: selbst die braven Schweizer schauen auf eine unschöne Geschichte der Apartheid-Finanzierung zurück.

Der im deutschen Recht verankerte Schutz der Schuldner fehlt leider noch auf internationaler Ebene. Hier in Deutschland können windige

Kreditgeschäfte gerichtlich als „sittenwidrig“ bezeichnet werden und sind damit nichtig – das ist bei der Vergabe von internationalen Krediten schlichtweg unbekannt. Stattdessen werden in den Hinterzimmern des „Pariser Clubs“ Rückzahlungsmodalitäten verhandelt, die die Menschen noch mehr knebeln. In den meisten Fällen hat dabei sogar der Schuldendienst Vorrang vor Sozialausgaben im eigenen Land. So kommt es dazu, dass Menschen heute Kredite und Zinsen zurückzahlen sollen, die sie weder bestellt noch genutzt haben. Das ist verabscheuungswürdig und illegitim.

Können illegitime Schulden also aus der Welt geschafft werden?

Ein Beispiel, dass es tatsächlich geht, haben wir im vergangenen Herbst erlebt: Norwegen strich Forderungen an fünf Länder. Es wurde offiziell anerkannt, dass die damaligen Kredite in erster Linie im Rahmen einer Exportkampagne zugunsten der norwegischen Schiffbauindustrie vergeben wurden. Die jahrelang von den Gläubigern gehaltene Mauer des Schweigens um ihre Mitverantwortung für die Überschuldung mancher Länder des Südens beginnt also zu bröckeln.

Sollen illegitime Schulden generell und nicht nur wie im norwegischen Einzelfall geächtet werden, braucht es dafür einen internationalen Konsens. Traditionell werden die Weichen im internationalen Schuldenmanagement von den G8, den reichsten Industrieländern bei ihren jährlichen Weltwirtschaftsgipfeln (G8-Gipfel) gestellt. Aber bevor die G8 entscheiden, wird an vielen Stellen diskutiert: in Ministerien und Parlamenten, in Weltbank und Währungsfonds, in der UNO, bei Finanzministertreffen und nicht zuletzt auch in der Öffentlichkeit der Gläubiger- und Schuldnerländer.

Wichtig ist, dass wir nicht locker lassen und an allen möglichen Stellen das Thema in die Öffentlichkeit und in die Köpfe der Entscheidungsträger bringen. Dazu braucht es die Unterstützung vieler: reden Sie mit Ihrem Abgeordneten, sammeln Sie Unterschriften auf unseren roten XXL-Ballons und kommen Sie zur großen Demonstration nach Rostock.

Erlassjahr.de setzt in diesem Jahr einen Schwerpunkt auf dieses Themenfeld und wird nicht nur weitere Fälle recherchieren sondern auch weiter an einer klaren Definition in Kombination mit dem Völkerrecht arbeiten.

Sabine Zimpel, erlassjahr.de, Januar 2007

Parlamentarierklärung zu Illegitimen Schulden und Gläubigermitverantwortung

Hintergrund

Demokratisch gewählte Abgeordnete sind für die Handlungsweise ihrer Regierungen als Gläubiger oder Schuldner mit verantwortlich.

Im Verlauf der internationalen Schuldenkrise seit 1980 wurden Kredite an Entwicklungsländer ohne angemessene Berücksichtigung demokratischer Spielregeln und des Wohlergehens der Bevölkerung vergeben. In vielen Fällen wurden Kredite vergeben, um größeren politischen Einfluss zu gewinnen oder, um zweifelhafte Projekte zu fördern. Geliehene Gelder wurden gestohlen oder in großem Stile missbraucht. Parlamente und die Öffentlichkeit wurden gar nicht oder nur marginal in Entscheidungsprozesse einbezogen. Solche Kredite waren nachteilig für die Entwicklung der Schuldnerländer, und die daraus resultierenden Schulden wurden „illegitime“ Schulden genannt. Deren Rückzahlung wird aber weiterhin von den Gläubigern gefordert.

Jede gescheiterte Kreditvergabe und jegliche Verletzung der internationalen Vergabe-Standards impliziert ein Stück gemeinsamer Verantwortung

beider Parteien, des Gläubigers wie des Schuldners. Die Realität jedoch ist, dass bei der gegenwärtigen Praxis der Kreditvergabe, alle Forderungen gegenüber souveränen Staaten als gültig angesehen werden. Die Verantwortung liegt daher allein auf Seiten des Schuldners, während der Gläubiger kein Risiko zu tragen braucht.

Dies impliziert ein hohes Maß an Straflosigkeit für Gläubiger. Jene, die in illegale oder fragwürdige Kreditgeschäfte in der Vergangenheit verstrickt waren, mussten in vielen Fällen keine Konsequenzen befürchten. Skrupelloses Verhalten auf Seiten der Gläubiger wurde so ermutigt, da diese meist damit rechnen konnten, verliehene Gelder zurück zu erhalten. Dies wiederum hat zur Aushöhlung verlässlicher Gläubiger-Schuldner-Beziehungen geführt. Noch bedeutender in diesem Zusammenhang ist aber, dass ein unverhältnismäßig hoher Anteil der Last einseitig auf den Schultern der Bevölkerung der verschuldeten Länder liegt.

Dies sind nur einige der Hauptgründe für die gegenwärtige Schuldenkrise. Um immer neue

Runden von unverantwortlicher Kreditvergabe und –aufnahme zu vermeiden, muss die gegenwärtigen Praxis internationaler Kreditvergabe reformiert werden. Ausgangspunkt muss das Prinzip geteilter Verantwortung zwischen Gläubigern und Schuldnern sein.

Im Oktober 2006 hat die norwegische Regierung die Schulden von fünf Ländern erlassen, weil sie schwerwiegende Gläubigerversäumnisse und eine Mitverantwortung für die angehäuften Schulden anerkannt hat. Dies Beispiel zeigt, dass eine Anerkennung der eigenen Verantwortung auf Gläubigerseite möglich ist.

As gewählte Vertreter der Bevölkerung, die letztendlich die Folgen falscher Kreditvergabepraxis zu tragen hat, sind wir dafür verantwortlich, dass sich jegliche Kreditvergabe an die Bedürfnisse der Bevölkerung der Schuldnerländer orientiert. Deshalb fordert diese Erklärung weitere konkrete Schritte, um die Legitimität individueller Kreditvereinbarungen festzustellen und um künftig Richtlinien der Gläubigermitverantwortung bei der Vergabe internationaler Kredite aufzustellen.

Parlamentarierklärung zur gemeinsamen Verantwortung bei der internationalen Kreditvergabe

Anerkennend, dass es in der Vergangenheit Missbrauch bei der internationalen Kreditvergabe gab;

Anerkennend, dass wir, als die gewählten Vertreter des Volkes, das Recht und die Pflicht haben, die souveräne Kreditvergabe und die Kreditaufnahme unserer Länder genau zu prüfen,

verpflichten wir, die unterzeichnenden Parlamentarier/innen, uns:

- die weitere Entwicklung eines Konzeptes Illegitimer Schulden im Zusammenhang mit internationaler souveräner Kreditaufnahme zu unterstützen, um einen internationalen Konsens zu erreichen;
- parlamentarische Überprüfungen existierender Forderungen und Schulden in unseren eigenen Ländern in Angriff zu nehmen und zu unterstützen, zum einen, um zwischen geeigneten und ungeeigneten Kreditgeschäften zu unterscheiden, und zum anderen, um verantwortliche Kreditgeschäfte in der Zukunft zu unterstützen;
- auf eine größere Verbindlichkeit des Konzepts illegitimer Schulden im internationalen Kontext hinzuwirken, insbesondere durch die Erarbeitung geeigneter Gesetzesinitiativen, Anträge und parlamentarischer Initiativen;
- Prinzipien der Gläubigermitverantwortung bei souveränen Kreditvereinbarungen zu unterstützen;
- eine deutlich ausgeweitete parlamentarische Beteiligung bei Kredit-Vertragsverfahren zu unterstützen, um eine umfassende Prüfung des Kreditzweckes und der Kreditbedingungen zu gewährleisten.

Unterschrift des/der Abgeordneten: (Name/**Parlament**/Fraktion)



Meilensteine:

Auf dem Weg zu einer parlamentarischen Anhörung über die Illegitimen Schulden

Die im letzten Jahr gestartete Haushaltskampagne erreichte bisher etwa die Hälfte der Haushälter des Deutschen Bundestages. Sie erbrachte kontroverse Einschätzungen, etwa inwieweit die Schuldenerlasse auf die Entwicklungshilfe angerechnet werden soll. In vielen Fällen bestand aber auch Einverständnis darüber, dass die momentane Qualität der Kreditvergabe an Entwicklungsländer dringend verbessert werden müsse. Die meisten MdBs des Haushaltsausschusses, darunter auch deren Vorsitzender Otto Fricke (FDP) erkannten an, dass mit der Gleichbehandlung sinnvoller und kontraproduktiver Kredite im internationalen Finanzsystem ein gefährlicher Fehlanreiz gegeben sei. Reformbedarf beim Schuldenmanagement wurde an diesem Punkt nicht bestritten. In einigen Gesprächen wurde in diesem Zusammenhang auch auf die „Odious Debts“-Doktrin eingegangen. Zu Anfang der Gespräche waren die „Illegitime Schulden“ für die MdB noch ein neues, vages und kaum umsetzbares Konzept. Das Verständnis änderte sich aber in der Richtung, dass seine Weiterentwicklung erheblich zur Verbesserung der Internationalen Finanzarchitektur beitragen kann.



erlassjahr.de im Gespräch mit MdB Meister, CDU

Jedes der Gespräche hat auf seine Weise dazu beigetragen, den nächsten Schritt zu tun. Zwei führten dazu, dass nächste Schritte auf der parlamentarischen Ebene erfolgten:

Bringen Sie Ihren Abgeordneten dazu, diese Deklaration zu unterschreiben.

Diese „Parliamentarians' Declaration“, die wir im vergangenen Jahr mit EURODAD erarbeitet haben, ist jetzt in spanischer, französischer, englisch und deutscher Sprache (s.u.) verfügbar. Sie startet offiziell beim „Parliamentary Network on the Worldbank“ bei deren Jahrestagung in März in Kapstadt. Es gibt großes Interesse unter den Parlamentarier/innen; Weltbank und AfDB haben vergeblich versucht, das Thema wieder von der Agenda nehmen zu lassen. Einige Parlamentarier haben diese Erklärung bereits unterschrieben. Weitere Infos finden sich auf www.debtdedclaration.org.

So gehts:

1. Formblatt zur Unterschrift im erlassjahr.de-Büro anfordern
2. vom Abgeordneten unterschreiben lassen
3. an EURODAD in Brüssel faxen: 0032-25 44 05 59

- Dr. Michael Meister (Bensheim), Fraktionsvize der CDU/CSU reagierte sehr positiv auf den Anhörungsvorschlag, und organisierte dazu ein Gespräch in der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion. Bei dem Gespräch, wurde auch den Finanzausschussmitgliedern das Problem der Vergabe "illegitimer" Kredite deutlich. Eine konkrete Verabredung bezüglich der Anhörung wurde aber noch nicht getroffen.
- Die folgende sehr ermutigende Presseveröffentlichung wurde von Dr. Meister im Anschluss an das 2. Gespräch verfasst:
„Der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Dr. Michael Meister, unterstützt die CBM (Christoffel Blinden Mission) und erlassjahr.de in der Diskussion um den Verzicht auf die Rückzahlung solcher (illegitimer) Schulden. Zusammen mit erlassjahr.de und der CBM setze ich mich für eine Sensibilisierung der Politik zu dieser Thematik ein“, erklärte Meister gegenüber der CBM.
- der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Otto Fricke von der FDP, folgte ziemlich unerwartet unserer Argumentation hinsichtlich der Nichtanrechnung auf die Entwicklungshilfe. Er kann sich auch vorstellen, eine Anhörung zu illegitimen Schulden und zum Konzept eines Internationalen Insolvenzverfahrens - wo er ebenfalls die Position von erlassjahr.de teilt - im Haushaltsausschuss zu organisieren.

Ein kürzlich geführtes Gespräch mit dem MdB Dr. Borchert (CDU, im Haushaltsausschuss mitverantwortlich für den Haushaltsplan 23 „Entwicklungszusammenarbeit“ des Bundeshaushaltes) mit Mitträgern aus Marl und Dorsten (s.a. Foto) zeigte, dass sich auch dieser eine Anhörung über „Illegitime Schulden“ vorstellen kann- und das trotz unterschiedlicher Einschätzung über die Anrechenbarkeit der Schuldenerlasse auf die Entwicklungshilfe. Allerdings können wir mir einer alleinigen Initiative des Haushaltsausschusses nicht rechnen. Laut Dr. Borchert müsste der Ausschuss für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) bei der Initiierung einer parlamentarischen Anhörung über „Illegitime Schulden“ auch eine tragende Rolle spielen. Zu diesem Zweck wird erlassjahr.de Ende April auch ein Gespräch mit Dr. Raabe (SPD, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit) führen.

Dies Gespräch machte aber auch deutlich, dass eine Anhörung aufgrund der Terminenge nicht vor November stattfinden wird.

Hartmut Kowsky, erlassjahr.de, März 2007

Neue Studie von erlassjahr.de: „Leichen im Keller“
in Kooperation mit dem Europäischen Entschuldungsnetzwerk EURODAD / Brüssel

DDR-Kriegsschiffe für Indonesien 1992 –2004

Was wurde finanziert und zu welchen Bedingungen?

1992 wurde ein großer Teil der ehemaligen DDR-Marine an Indonesien verkauft. Insgesamt 39 Korvetten, Minensucher, Truppenversorger und Landungsboote wurden knapp über ihrem Schrottwert, für 20 Mio DM verkauft. Wegen des schlechten Zustandes der betroffenen Schiffe, machte dieser Verkauf aber nur dadurch Sinn, dass Deutschland im Paket die Modernisierung der Schiffe durch deutsche Unternehmen sowie die Erstellung der entsprechenden Marineinfrastruktur in Indonesien mit verkaufte. Der Umbau in Deutschland allein kostete knapp 475 Mio DM. Finanziert wurde das gesamte Geschäft durch

die KfW im Umfang von 561 Mio DM. (425 Millionen DM für Reparatur und Modernisierung der Schiffe / 136 Millionen DM für die Ausstattung mit Siemens Fernmeldeausrüstung in digitaler Technik)¹ Abgesichert wurde das Geschäft durch eine Hermes-Bürgschaft, welche, alle Maßnahmen eingeschlossen, rund 700 Mio DM umfasste.

Weitere Absicherungen im Zusammenhang mit dem Schiffsverkauf wurden durch die Hermes AG 2001 und 2003 bewilligt: Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS wurde „die Remotorisierung von acht Korvetten (wurde) mit zwei Ausfuhrleistungsgewährleistungen (Hermes-Bürgschaften) über insgesamt 24,2 Millionen Euro begleitet.“²

Um das in Deutschland wie in Indonesien umstrittene Geschäft abwickeln zu können, wurde in einer nicht-öffentlichen Vereinbarung zwischen dem deutschen und dem indonesischen Verteidigungsministerium vereinbart: „Der Käufer verpflichtet sich, die Vertragsgegenstände nur zum Zwecke des Küstenschutzes, der Seewegeversicherung sowie zur Bekämpfung von Schmuggel ...zu nutzen.“³ Diese Vereinbarung ist seither nachweislich von der indonesischen Seite gebrochen worden, und zwar von der Regierung des bis 1998 amtierenden Diktators Suharto ebenso wie unter seinen Nachfolgern Habibie, Wahid und Megawati Sukarnoputri. Die Schiffe wurden nachweislich in allen bewaffneten inneren Konflikten eingesetzt.

- Im Sommer 1999 wurden während der Massaker der von der indonesischen Armee unterstützten Milizen in **Osttimor** ehemalige NVA-Landungsschiffe vor Osttimor eingesetzt.¹
- Im Januar 2000 waren die früheren NVA-Schiffe (371 Kapitän Patimura, ex Prenzlau, Jagdkorvette / 382 Hasan Basri, ex Güstrow, Jagdkorvette / 544 Teluk Saban, ex Südpferd, Landungsschiff / 535 Teluk Peleng, ex Lübben, Landungsschiff) an einer Seeblockade der **Molukken** beteiligt.² Die Kriegsschiffe sollten die Einfuhr von Waffen in die Region unterbinden. Tatsächlich arbeiteten Teile der indonesischen Armee jedoch eng mit Extremisten zusammen und ermöglichten mit ihrer Blockade, dass ohne lästige Augenzeugen mehrere Hunderttausend Menschen aus ihren Dörfern vertrieben wurden.
- Am 14. März 2000 transportierte die "Teluk Lampung" (das ehemalige Landungsschiff "Schwedt") Soldaten des Kostrad Infanterie-Bataillons 515 sowie der Elite-Einheit Kopassus in die umkämpfte Provinz **Papua** (Irian Jaya, das Schiff landete in den Häfen Sorong und Jayapura) und auf der vorgelagerten Insel Biak. Das gleiche Schiff hatte bereits im Juli 1998 Truppen auf die Insel gebracht, die am 6. Juli 1998 bei der blutigen Niederschlagung einer Demonstration unbewaffneter Bürger mindestens acht Papua-Ureinwohner töteten und 37 Personen verletzten.³
- Am 21.5.03 setzte die „Teluk Gilimanuk“ (ehemals „Hoyerswerda“) Truppen und Panzer in der Nähe des Hafens Lhokseumawe in der Bürgerkriegs-Provinz Aceh an Land. Die Truppen töteten bei einer Razzia zehn Dorfbewohner, darunter einen zwölfjährigen Jungen durch gezielte Kopfschüsse.⁴

Wieviel Schulden stehen noch in den Büchern?

Die Bedienung und Umschuldung einzelner Finanzierungen wird in Deutschland, anders als z.B. in den USA, nicht veröffentlicht. Deswegen kann die folgende Rechnung nur einen groben Anhaltspunkt liefern:

Ursprünglich finanziert wurden direkt für den Kriegsschiff-Export über die KfW:	280,0 Mio Euro
Nachrüstung 2000 und 2002:	26,1 Mio Euro
Summe:	306,1 Mio Euro

Diese Forderung ist von 1993 bis 1998 vermutlich gemäß den normalen Finanzierungsbedingungen der KfW bedient worden. Nach normalen KfW-Rückzahlungsmodalitäten ist in diesem Zeitraum deutlich weniger als ein Drittel der ausstehenden Schuld getilgt worden. 1998 stellte Indonesien unter dem Druck der Asienkrise die Zahlungen auf seine bilateralen Auslandsverbindlichkeiten vorübergehend ein. Im gleichen Jahr wurde eine vorläufige Umschuldung der aktuellen Fälligkeiten im Pariser Club erzielt. 2000 und 2002 wurden die so umgeschuldeten sowie aktuelle Verbindlichkeiten jeweils erneut umgeschuldet.

Das Abkommen von 2002 und das 2005 folgende Abkommen zur Schuldenerleichterungen nach der Tsunami Katastrophe sehen Freijahresregelungen vor, welche Mitte bzw. Ende 2007 auslaufen. Auf diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass von der ursprünglichen Forderung noch mindestens 200 Mio Euro von Deutschland beansprucht werden. Sie sind Teil der von Deutschland zum Ende 2005 ausgewiesenen Handelsforderungen von insgesamt 551 Mio Euro.

Jürgen Kaiser, Hartmut Kowsky,
erlassjahr.de, Januar 2007

1 Frankfurter Rundschau 14.12.94 und 16.12.94
 2 Monitor 19.6.2003. Bemerkenswert dabei ist, dass diese Hermes-Absicherungen erfolgten, als Indonesien bestehenden Zahlungen an die bilateralen Gläubiger im Pariser Club bereits umschulden musste. Normalerweise schließt die reale oder drohende Zahlungsunfähigkeit die Gewährung einer Hermes-Bürgschaft aus. Offenbar war das Interesse an dem lukrativen Auftrag für die Motorenwerke Mannheim und MTU Friedrichshafen aber so groß, dass von dieser Regelung abgewichen wurde (Stuttgarter Zeitung 17.4.03)
 3 Monitor 19.6.2003
 4 Quelle hier und in den folgenden Punkten: Delius, U.: Ehemalige NVA-Schiffe werden in Indonesien vertragswidrig zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Gesellschaft für bedrohte Völker 2003.
 5 Jakarta Post, 7.1.2000
 6 Delius, GfbV a.a.O. unter Berufung auf die papuanische Menschenrechtsorganisation Elsham. Auf eine telefonische Anfrage der Gesellschaft für bedrohte Völker reagierte das Auswärtige Amt nur telefonisch und erklärte, es handle sich um eine „Delikatesse“ und man befinde sich in einem Dilemma.
 7 „Indonesian Forces execute 10 civilians in Aceh: witnesses; dpa 23.5.03

Nicht nur die deutsche Politik hat sich schuldig gemacht.

Die neue internationale Studie „Skeletons in the cupboard“ schildert 6 weitere Fälle:

Italien/Ecuador

Italien lieferte 1995 drei Turbinen im Wert von 50 Mio. Euro für den Bau des „Marcel-Laniado-Wasserkraftwerks“ an Ecuador. Neben der Tatsache, dass nur zwei Turbinen benötigt wurden, beteiligte sich Italien damit an einem wirtschaftlich desaströsen Projekt, welches darüber hinaus zur Umsiedlung vieler tausend indigener Familien führte. Über die Folgen und Ausmaße des Projekts wurde die Bevölkerung nie informiert. Die Nachhaltigkeit der Anlage wurde nie geprüft, die Verhandlungen waren dubios. Menschenrechtsverletzungen wurden von beiden Seiten hingenommen.

USA/Philippinen

Zwischen 1975 und 1979 vergab die US-amerikanische Exportkredit-Bank EXIM Gelder an den philippinischen Diktator Ferdinand Marcos zum Bau eines Atomkraftwerkes. Dieses wurde jedoch auf einer Erdbebenspalte errichtet und konnte deshalb nie in Betrieb genommen werden. Einen Nutzen für die Bevölkerung hat es somit nie gegeben. Für den 900-Mio.-Dollar-Kredit müssen die Philippinen voraussichtlich bis 2018 Zinsen und Tilgungen an die USA überweisen.

Frankreich/Republik Kongo (ehemals Kongo Brazzaville)

Seit 1985 beutete der französische Ölkonzern ELF Aquitaine, an dem der französische Staat beteiligt

ist, systematisch die Ölvorkommen der Republik Kongo aus. Über ein System der „Vorfinanzierung“ entlockte ELF dem damaligen Diktator Pascal Lissouba über Jahre Öllieferungen zu völlig unterbewerteten Preisen. Zur Finanzierung der Staatsausgaben fehlten dem Land somit dringend benötigte Einnahmen. Die Republik Kongo wurde zu einem der am höchsten verschuldetsten Staaten Afrikas. Als Anteilseigner der ELF-Konzerns, trägt die französische Regierung eine große Mitschuld daran.

Japan/Indonesien

1975 einigten sich Japan und der indonesische Diktator Suharto auf den Bau zweier Wasserkraftwerke zur Versorgung einer ebenfalls zu errichtenden Aluminium-Raffinerie auf Nord-Sumatra. Von dem hunderte Millionen Euro teuren Projekt profitierte ausschließlich Japan. Es importierte die gesamte Aluminium-Produktion und konnte die ungewaltschädigende Produktion ins Ausland verlegen. Die japanische Regierung war über die diktatorische Herrschaft Suhartos ebenso informiert, wie über den fehlenden Nutzen für die indonesische Bevölkerung.

Großbritannien/Kenia

1990 übernahm die britische Regierung die Garantie für einen Kredit an Kenia in Höhe von 38 Mio. Pfund. Unter Führung des damaligen Diktators Daniel Arap Moi, engagierte die kenianische

Regierung daraufhin eine völlig überbeuerte britische Beraterfirma im Zusammenhang mit dem Bau eines Wasserkraftwerks. Dieses stellte sich als unrentabel und unproduktiv heraus. Die Bevölkerung hatte kaum einen Nutzen davon. Der Verdacht der Korruption lag nahe. Trotzdem fordert die britische Regierung bis heute Gelder zur Begleichung dieses Kredites von Kenia zurück.

Weltbank/Indonesien

Für den Bau des „Kedung-Ombo“-Damms vergab die Weltbank 1985 Kredite an die indonesische Diktatur in Höhe von 156 Mio. US\$. Den Erträgen des Damms stehen jedoch schwerwiegende soziale Kosten gegenüber. Bei der Umsiedlung der im Staugebiet lebenden Bevölkerung kam es in vielen Fällen zu Menschenrechtsverletzungen. Die Weltbank selbst bestätigte dies später. Für die große Mehrheit der Bevölkerung hatte der Damm keinen Nutzen. Trotzdem musste der als illegitim zu bezeichnende Kredit zurück bezahlt werden.

Sven Behring, erlassjahr.de, Februar 2007

Die vollständige Studie ist erhältlich im erlassjahr.de-Büro (s.Rückseite)



Wie alle ein Schuldenproblem lösen wollten und es leider, leider nicht schafften



Es gibt große und bewegende Momente im Leben von Völkern und Staaten. Die Wahlen im westafrikanischen Liberia, bei denen sich die ehemalige Weltbank-Ökonomin Ellen Johnson-Sirleaf 2006 gegen den ehemaligen Fußballstar George Weah durchsetzte, war ein solches Moment. Nicht so sehr, weil Johnson-Sirleaf die bessere Präsidentin ist - das ist sie ohne Zweifel - sondern weil die Wahlen nach fast zwanzig Jahren Bürgerkrieg und Gangsterherrschaft weitgehend friedlich und sauber verliefen, und weil Weah den Sieg seiner Konkurrentin anerkannte. Ein Aufatmen und ein hohes Maß an Hoffnung auf bessere Zeiten.

Nun ist Liberia eines der am höchsten verschuldeten Länder der Welt, wenn man den gesamten Berg der Auslandsschulden ins Verhältnis setzt zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. In den Büchern der Gläubiger stehen 3,1 Mrd. US-\$. Der Haushalt 2007 des sich eben wieder konsolidierenden Staatswesens beträgt rund 80 Mio. US-\$. Über tragfähige Verschuldung braucht in diesem Zusammenhang eigentlich nicht diskutiert zu werden. Und selbst auf Seiten der Gläubiger herrscht Einmütigkeit, dass Liberia praktisch keinerlei Zahlungsfähigkeit hat.

Also frisch ans Werk! Oder?

Seit die internationalen Gläubiger - Staaten, Banken und Internationale Finanzinstitutionen - begonnen haben, überschuldeten Staaten aus Einsicht ins Unabänderliche teilweise Schulden zu erlassen, haben sie immer wieder neue Verfahren entwickelt, welche die Staaten durchlaufen müssen, wenn sie in den Genuss solcher Erleichterungen kommen wollen. Im Falle Liberias bedeutet dies, dass es im Rahmen der HIPC-Initiative von der Weltbank untersucht werden muss, den sog. „Decision Point“ erreichen, eine Reihe wirtschaftspolitischer Konditionen erfüllen, danach den Completion Point durchlaufen, und durch diesen wird die Verschuldung auf 150% seiner jährlichen Exporteinnahmen reduziert. Danach kann zusätzlich ein „vollständiger“ Erlass aller Schulden bei der Weltbanktochter IDA, beim IWF und beim Afrikanischen Entwicklungsfonds erfolgen. Das ist so langwierig, wie es sich anhört. Es gibt Staaten über deren Entschuldungsbedarf seit 1999 Einmütigkeit besteht, und die ihn seither trotzdem nicht erhalten haben

Liberias Schulden bestehen etwa zur Hälfte gegenüber den drei wichtigsten Multilateralen Finanzinstitutionen: Weltbank (396 Mio \$), IWF (735 Mio \$) und Afrikanischer Entwicklungsfonds (257 Mio \$). Zweitgrößter bilateraler Gläubiger Liberias ist Deutschland mit fast 300 Mio \$.

Ein Buchhalterproblem

Nach den Regeln der von IWF und Weltbank geschaffenen HIPC-Initiative muss ein Land vor dem Erlass alle seine Zahlungsrückstände bei den erlassenden Institutionen begleichen haben. Ist dies geschehen, kann der Erlass dadurch ausgesprochen werden. Wo Zahlungsrückstände bestehen, erhalten die Schuldnerländer zumeist neue Kredite von den Gläubigerorganisationen, mit denen sie dann formal ihre Rückstände bei den gleichen Institutionen begleichen.

Im Falle Liberias kann dieses Verfahren nicht funktionieren, da praktisch der gesamte Schuldenstand im Zahlungsverzug ist. Würden nun Neukredite vergeben, würden diese unter das so genannte „Cut-off-date“ fallen. Das heißt: Es wären „neue“ Schulden, die nach einem bestimmten Stichtag (Ende 03 oder Ende 04) aufgenommen wurden, und deshalb beim Erlass unter HIPC und MDRI nicht berücksichtigt werden können. Ein reines Buchhaltungsproblem eigentlich - aber eine unüberwindbare bürokratische Hürde selbst für eigentlich erlasswillige Finanzinstitutionen.

Absurderweise leistet die liberianische Regierung derzeit symbolische Zahlungen an die Afrikanische Entwicklungsbank (25.000 \$ pro Monat) und den IWF (60.000 \$ pro Monat). Das sind eigentlich lächerliche Summen, aber diese Zahlungen würden ausreichen, die laufenden Gehälter von 1000 Lehrern zu bezahlen.

Die US-Regierung schlägt vor, im Fall des größten Multilateralen Gläubigers IWF ausnahmsweise Mittel aus einem speziellen Fonds (SCA-1) zu nehmen. Die Briten, denen es vor allem um die finanzielle Stabilität von Weltbank, AfDB und IWF geht, wollen lieber IWF Gold verkaufen oder neues Geld aus den Entwicklungshilfahaushalten der Gläubiger bereitstellen. Eine Einigung unter wichtiger Mitglieder des IWF ist nicht in Sicht.

Blickwechsel: Der IWF

Der Internationale Währungsfonds wurde 1944 gegründet als eine große Kasse, die zwischenstaatliche Zahlungsbilanzprobleme abmildern sollte, indem sie Ländern mit Defiziten günstige Überbrückungskredite zur Verfügung stellte. Das hat der IWF seither auch getan: für unterschiedliche Ländergruppen, zu unterschiedlichen Kreditbedingungen und gegenüber den ärmsten Ländern zumeist mit harschen wirtschaftspolitischen Konditionen. Anfang 2007 befindet sich der IWF in einer bis dahin ungekannten Situation. Fast alle großen Schuldnerländer haben in den letzten zwei Jahre ihre Zahlungsrückstände beim IWF beglichen, und

sich damit auch von seiner Bevormundung freigekauft. Mancherorts sind neue Geldgeber, wie die Regierungen von Venezuela und China in die Bresche gesprungen, und stellen finanzschwachen Ländern Überbrückungskredite zu günstigen Konditionen zur Verfügung.

Vieles deutet darauf hin, dass der IWF, so, wie er 1944 einmal konzipiert wurde, nicht mehr gebraucht wird. Man könnte zum Beispiel verbliebene Mittel - wie die 3217 Tonnen Gold, auf denen der Fonds sitzt - nutzen, um die Schuldenprobleme der ärmsten Länder zu lösen, und den IWF dann zu machen, oder zumindest drastisch verkleinern. Es wäre für eine mehr als umstrittene Institution ein grandioser Abgang aus der Geschichte.

Was wird aus dem IWF?

Ende Januar nahm IWF-Direktor de Rato den Bericht einer hochrangig besetzten Expertengruppe entgegen, welche sich über die künftige Finanzierung des IWF Gedanken macht. Ergebnis: Der IWF solle sein „Investitionsmandat“ ausweiten. Im Klartext: er solle einen größeren Teil der von ihm verwalteten Zentralbankreserven in lukrative Finanzmarktanlagen stecken, um damit Geld zu verdienen. Er soll weiterhin Gold, welches unterbewertet in seinen Tresoren liegt, verkaufen und den Gewinn lukrativ anlegen. Und schließlich soll er seinen Mitgliedern für seine Leistungen höhere Gebühren abknöpfen.

Gelingt die Operation, wird die teure Bürokratie mit weltweit mehr als 2700 hoch bezahlten Angestellten die Welt weiterhin mit ihrem Rat beglücken - ob diese will oder nicht.

Die Liberianer/innen werden mit 720.000 US-\$ pro Jahr ihren Beitrag zur Finanzierung des Fonds leisten, und auch weiterhin vergeblich darauf hoffen, dass die Technokraten in der Washingtoner H-Street eine Lösung für ihr Buchhalterproblem finden.

Jürgen Kaiser,
erlassjahr.de, März 2007

Aus Schulden Investitionen in's Gesundheitssystem machen - erlassjahr.de unterstützt das Debt-to-Health Programm des Global Fund

Seit Mitte 2006 unterstützt erlassjahr.de im Rahmen eines Beratungsauftrags den „Global Fund to Fight Aids, Malaria and Tuberculosis“. Der Globale Fonds möchte Mittel aus der Umwandlung von Schulden in lokale Gegenwartsmittel nutzen, um damit zusätzlich zu bestehenden Beiträgen Gesundheitsprogramme zu finanzieren.

Derzeit wird zwischen der Bundesregierung und Indonesien ein erstes Pilotprojekt unterschriftsreif. Dabei wird auf ein bereits

existierendes Programm des BMZ zurückgegriffen, mit dem seit 1992 der Verzicht auf den Rückfluss von Entwicklungshilfemitteln gegenfinanziert wird, wenn das Partnerland im Gegenzug nationale Währung für ein vereinbartes Entwicklungsprogramm zur Verfügung stellt. In der Vergangenheit hat schon das Netzwerk Peru - Entwicklung braucht Entschuldung“ mit dieser Form „kreativer Entschuldung“ gearbeitet.

Es sollen aber auch andere Schuldenkategorien wie z.B. Schulden aus Exportgeschäften

(„Hermes-Forderungen“) oder auch Schulden bei bestimmten multilateralen Kreditgebern einbezogen werden. erlassjahr.de unterstützt den Globalen Fonds bei der Entwicklung und Umsetzung einer Strategie gegenüber den entsprechenden Gläubigerinstitutionen.



10 Jahre und kein bisschen leise

erlassjahr.de Mitträgersversammlung 2007 in der Ökumenischen Werkstatt Wuppertal

Die Herausforderung: erlassjahr.de kehrt nach zehn Jahren an den Ort seiner Gründung, die Ökumenische Werkstatt Wuppertal zurück. Das soll kein Aufhänger für Nostalgie oder übermäßige Selbstreflexion sein, aber man kann den Blick auf die ursprüngliche Vision der Erlaßjahr2000-Kampagne nutzen, um Veränderungen im Umfeld und Herausforderungen für die vor uns liegenden Arbeitsphasen zu identifizieren.

Der Rahmen: Diese Mitträgersversammlung soll nicht mehr wie in den vergangenen Jahren über ein volles Wochenende gehen. Die Zeit von Freitag Abend bis Sonntag Nachmittag zwischen MTV und BR-Klausur soll geteilt werden, um die ganze Sache flexibler und für Menschen mit eher kleinem Geldbeutel auch erschwinglicher zu machen. Das bedeutet: Mitträgersversammlung von Freitag 17 Uhr bis Samstag 15 Uhr. Danach folgt die Klausursitzung des dann frisch gewählten Bündnisrates bis zum Sonntag Mittag. Wie immer gibt es dazwischen viele Gelegenheiten sich näher kennen zu lernen und fernab jeder Tagesordnung Pläne zu schmieden und Spaß zu haben.

Kino-Spot

Ab Ende Mai steht uns ein brandneuer einminütiger Kino-Spot zur Verfügung. Sie erhalten ihn auf unserer Homepage oder auch auf CD in unserem Büro (s. Rückseite). Sprechen Sie mit den Verantwortlichen in „Ihrem“ Kino. Es ist durchaus üblich, Spots dieser Art unentgeltlich im Vorprogramm zu zeigen. Sie haben sicher auch selbst schon Spots von Greenpeace u.a. gesehen. Unser Spot zeigt in einer sehr witzigen Art und exakt auf den Punkt gebracht, die Problematik illegitimer Schulden. Sie werden begeistert sein. Und das Publikum wach gerüttelt.



Bestellliste erlassjahr.de (Stand: 15.3.2007)
 erlassjahr.de, Postfach 320520, 40420 Düsseldorf,
 Fax: (0211) 4693-197, buero@erlassjahr.de



Bestellung an:

Empfänger

Name

Straße

PLZ. / Stadt

Bestellung von:

Die mit * gekennzeichneten Artikel sind **nicht** kostenpflichtig. Wir freuen uns aber, wenn Sie sie dennoch bezahlen oder uns eine kleine Spende überweisen.

INFO - MATERIAL		
0,05 Euro*	Faltblatt: Das Bündnis für Entwicklung und Entschuldung der Dritten Welt Der Erfolg macht uns Mut: Wir machen weiter. Informationen über das Bündnis und kurze Einführung in das Thema	
0,05 Euro*	Faltblatt: So many things to do! Junger Flyer, der die erlassjahr.de-Message auf den Punkt bringt (für Jugendliche)	
0,05 Euro*	Faltblatt: Illegitimen Schulden Kurze Einführung ins Thema, Stand der Diskussion und Kriterien.	
0,05 Euro*	Faltblatt: „Schulden sind kein Schicksal“ Zusammenfassung der wichtigsten Argumente	
0,05 Euro*	Flyer: „Häufig erhobene Einwände gegen ein Internationales Insolvenzverfahren“ Jetzt wieder da!	
1,- Euro*	Zeitschrift: Kampagnen-Kurier liefert Hintergründe, Trends und aktuelle Informationen	
PLAKATE / POSTKARTEN / CD		
0,20 Euro*	Plakat: Schulden sind kein Schicksal (London '53) DIN A2	
0,20 Euro*	Plakat: „Erlassjahr-Highlights“ der letzten Jahre DIN A 3 oder DIN A 2	
5,- Euro	Ausstellung: Plakatausstellung zur Kampagne Erlaßjahr 2000 16 Plakate zu Ursachen und Auswirkungen der Schuldenkrise	
10,- Euro	CD: „Streicht die Schulden!“ International bekannte Künstler wie Cesária Evora, Chico César und Lokua Kanza singen und spielen neue Lieder für den Schuldenerlass. Die letzten Exemplare!!!	
SONSTIGES		
10,- Euro	SOMMERZEIT: SCHULDEN MÜSSEN TRAGBAR SEIN! T-Shirt Größe M/L/XL in den Farben rot (r) / blau (b)	
1,50 Euro 1,- Euro ab 10	Schlüsselband leuchtend rot mit Aufdruck in schwarz: www.erlassjahr.de Für den Schlüssel zur Entschuldung!	
2,- Euro 1,50 Euro ab 10	Schal: leichte Baumwolle (ökologisch gefertigt, fair gehandelt), Regenbogenfarbe mit erlassjahr.de – Logo an beiden unteren Rändern	
1,- Euro	T-Shirts ungebleichte Baumwolle mit farbigem Erlassjahr 2000 – Logo, Größe L, weite Form	
2,50 Euro	Tassen weiß mit dem erlassjahr.de - Logo	
0,50 Euro	Logobögen: 3 Spalten mit je 7 Aufklebern mit dem erlassjahr.de-Logo	
0,20 Euro*	Musterartikel erlassjahr.de erhältlich als Ausdruck, E-Mail, Diskette	
BALLONAKTION ZUM G8-GIPFEL IN HEILIGENDAMM 2007		
8,- Euro	Aktionspaket mit Großballon (125 cm) zum Sammeln von Unterschriften und Info-Material	
0,05 Euro*	Unterzeichnerflyer	

NEU

NEU

**NEU
NEU**

DVD / VIDEO		
DVD 4,00 Euro	„ Schulden im Sinne der Anklage “ Debt according to law“ / “Condenado à deuda perpetua“ 16 Min., Spielszenen und Erklärteile über Zusammenhänge und Geschichte der Verschuldung. Geeignet für Veranstaltungen. Autor: Thomas Pfaff, Dez. 2001	
Video 7,50 Euro	„ Schulden im Sinne der Anklage “ 16 Min., Spielszenen und Erklärteile über Zusammenhänge und Geschichte der Verschuldung. Geeignet für Veranstaltungen. Autor: Thomas Pfaff, Dez. 2001 Auch in Spanisch und Englisch erhältlich!	
Video 7,50 Euro	„ Verschuldung - Eine Ansichtssache “ 13 Minuten. Zeichentrick, 1998. Eine anschauliche Einführung in die Ursachen und Folgen der Verschuldungskrise. Eignet sich für den Themeneinstieg in Schulunterricht und Bildungsarbeit	

Studien, Broschüren, Reports

2,- Euro 1,50 Euro ab 10	Handbuch: „Schulden tragfähigkeit“. 58 Seiten, Januar 2006, Hrsg: erlassjahr.de, Schulden müssen tragbar sein! Ein Überblick zum Thema “Tragfähigkeit”, Vorstellung verschiedener Konzepte, aktuelle Problemfelder, benennt Forderungen und Alternativen, bietet Alternativen zum aktiv werden!
4,50 Euro 3,50 Euro ab 10	Handbuch: „Illegitime Schulden“. 63 Seiten, DIN A 4 ähnlich, November 2003, Hrsg.: erlassjahr.de, INKOTA, Philippinenbüro. Was Sie schon immer über Illegitime Schulden wissen wollten, aber bisher nicht nachschlagen konnten.
2,00 Euro 1,50 Euro ab 10	Handbuch: „Entschuldung fair ändern“. 56 Seiten, DIN A 4, Januar 2003, Hrsg.: erlassjahr.de. Einführung ins Schuldenthema und Lösungsansätze.
7,- Euro 6,50 Euro ab 10	„ Schuldenreport 2004 “. Die Entwicklungsblockade Finanzmärkte und Verschuldung. 88 Seiten, Hrsg.: WEED, Juli 2004
6,- Euro	„ Das Kartell der Gläubiger aufbrechen. Faire und transparente Schiedsverfahren. Neue Wege zur Lösung von Schuldenkrisen.“ Thomas Fritz u. Philipp Hersel, 2002, 72 Seiten, DIN A 4, Hg.: BLUE 21, Bischöfliches Hilfswerk Misereor
2,50 Euro 2,00 Euro ab 10	„ Zum 50. Jahrestag des Londoner Schuldenabkommens. Schulden sind kein Schicksal! “ Jürgen Kaiser; 22 Seiten, Nov. 2002. Vergleich zwischen der Entschuldung Deutschlands 1953 und der Situation der heutigen Schuldnerländer des Südens.
4,- Euro	Studie: „Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 - Lehren für eine Neuordnung der Handelsströme zwischen Nord und Süd.“ Philipp Hersel. 43 Seiten, 1999, eine pdf-Version dazu in Englisch und Spanisch unter www.erlassjahr.de
6,- Euro 4,- Euro ab 10	„ Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche? “ 68 Seiten, Mai 2002. Die SÜDWIND-Broschüre dokumentiert die Beiträge eines Fachgesprächs vom 20.2.2002 in Berlin zur derzeitigen Situation in Argentinien, ergänzt durch Hintergrundinformationen zur aktuellen Lage.
5,- Euro 4,- Euro ab 10	„ Armutsbekämpfung durch die Gläubiger? Erfahrungsberichte aus 11 Ländern. “ 116 Seiten, März 2001. Die SÜDWIND-Broschüre fasst den Stand der Umsetzung der Programme zur Armutsbekämpfung in 11 Beispielländern zusammen.
5,- Euro 4,- Euro ab 10	„ Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan. “ Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise. 62 Seiten, Januar 2004, Südwind
0,50 Euro*	„ Schuldenmanagement à la Louis XVI – Ein kurzer Gang durch Programm und Praxis des Pariser Clubs. “ Jürgen Kaiser, Januar 2000, 10 Seiten
2,- Euro	Entwicklung auf Kredit. 25 Jahre Verschuldung und die Folgen am Beispiel Perus. 28 Seiten, Dezember 2001, Hrsg.: Informationsstelle Peru
7,- Euro	Ende der Schulden oder Schulden ohne Ende? Eine Analyse der Entschuldungsinitiative HIPC am Beispiel Bolivien Studie im Auftrag der Diözesen Hildesheim und Trier; La Paz, November 2004, 94 Seiten
6,- Euro Schutzgebühr	Entschuldung für die Armen? Fünf Jahre nach Köln – eine Bilanz der HIPC-Initiative INKOTA Texte 2 128 Seiten, 2004, Eine Bilanz der AutorInnen aus zivilgesellschaftlicher Sicht über die Erfolge und Fehlschläge bei der Entschuldung und Armutsbekämpfung.
2,- Euro Schutzgebühr	Studie (engl.) Odious Debts - Odious Creditors? International Claims on Iraq. Jürgen Kaiser/Antje Queck. 28 Seiten, 2004. Dialogue on Globalization No. 12- Reihe der Friedrich-Ebert-Stiftung.pdf-Version unter www.erlassjahr.de

Hier fehlt etwas? Sie haben eine Idee, was wir unbedingt für Sie bereitstellen sollten? Melden Sie sich bei Sabine Zimpel, Campaignerin bei erlassjahr.de, unter Tel: 0211 – 46 93 211 oder mailen Sie an s.zimpel@erlassjahr.de

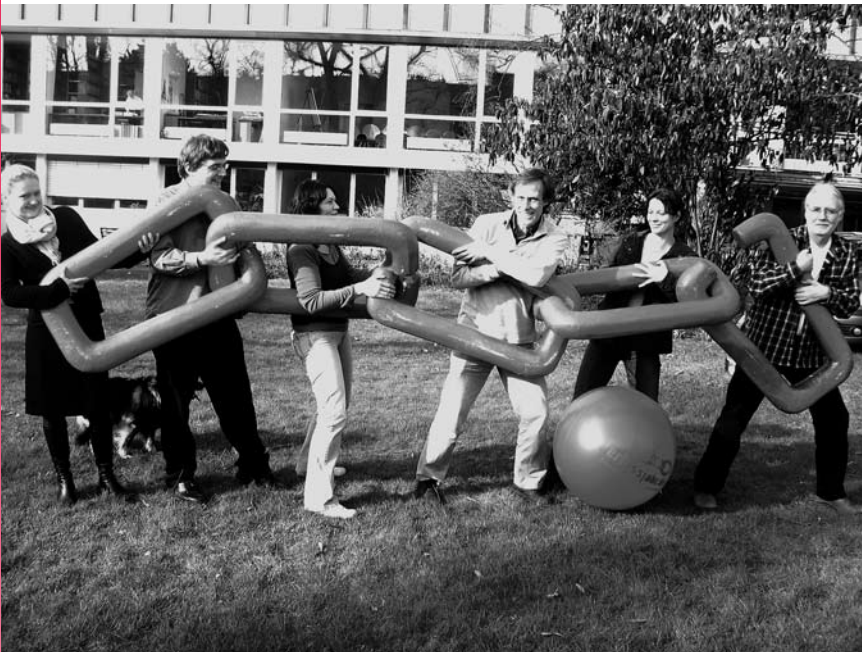
Niemals geht man so ganz...

Nach zwei Jahren verabschiede ich mich vom erlassjahr-Büro und meinem Arbeitsfeld Verwaltung und Geschäftsführung für erlassjahr.de. Aber nur ein bisschen. Denn vieles, was ich bei erlassjahr erlebt habe, wird mich begleiten: Das wache Auge für globale Gerechtigkeit, die Energie der Menschen, die mir bei der Arbeit für erlassjahr.de begegnet sind, und eine ganze Menge Erfahrungen, die mir viel bedeuten.

Natürlich werde ich den Kampf für ein faires internationales Schuldenmanagements und besonders die Arbeit von erlassjahr.de weiter mitverfolgen – aber eben doch aus einer anderen Perspektive. Darum möchte ich jetzt danke sagen für die Zeit als Mitarbeiterin bei erlassjahr.de: für die Freude, die Informationen, die ermutigenden Begegnungen, die Erfolge und die täglichen Herausforderungen, die man bei erlassjahr.de eben so erlebt.

Danke also an das Bündnis und alle MitstreiterInnen von erlassjahr.de – und danke an Kristina Kühne, meine Nachfolgerin, die mir den Abschied erleichtert, weil ich die erlassjahr.de-Geschäftsführung in guten Händen weiß.

Uta Bories



Das erlassjahr.de-Team:

Hartmut Kowsky, Kristina Kühne, Jürgen Kaiser, Sabine Zimpel,
Patrick Jedmazik, Antonia Boewer (von rechts)

Liebe MitstreiterInnen von erlassjahr.de!

Mein Name ist Kristina Kühne, seit Anfang März bin ich die neue Verantwortliche für die Verwaltung und Geschäftsführung von erlassjahr.de. Ich habe Slawistik in Bochum studiert und war über 2 Jahre in der humanitären Hilfe in Tschetschenien und Indonesien tätig.

Ich freue mich auf die kommende Zeit und die vielen neuen Herausforderungen. Und besonders auf die Begegnungen mit Menschen, die sich mit viel Energie und Engagement für die Entschuldungsbewegung einsetzen.

Mitträgerbeitrag 2007

Liebe Mitträger,

bitte überweisen Sie den Mitträgerbeitrag 2007 mit dem Verwendungszweck MT-(Mitträgernummer) 2007. Ein besonderer Hinweis: Es gibt immer noch Mitträgerorganisationen, die an die alte Bankverbindung von Erlaßjahr2000 überweisen. Bitte prüfen Sie, ob Ihre Überweisungen und Daueraufträge an folgendes Konto gehen:

**erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung
Konto Nr: 824 7700
BLZ: 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft**

Impressum

Der Entschuldungs-Kurier dient der Kommunikation unter den Trägern und Interessenten des Bündnisses „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“. Institutionen können Mitträger des Bündnisses werden und erhalten den Entschuldungs-Kurier kostenlos und automatisch. Einzelpersonen können das Bündnis unterstützen und den Entschuldungs-Kurier ebenfalls kostenlos beziehen.

Wir freuen uns über Förder-Abos, dazu bitte einmal jährlich 25 Euro mit Verwendungszweck „Förder-Abo“ überweisen.

Bankverbindung:

erlassjahr.de e.V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
Bankleitzahl: 370 205 00
Kontonummer: 8 24 77 00

Bezugsadresse:

erlassjahr.de
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel. (02 11) 46 93 - 1 96
Fax (02 11) 46 93 - 1 97
E-Mail: buero@erlassjahr.de
Homepage: www.erlassjahr.de

Redaktion dieser Ausgabe:

Sabine Zimpel

Wir freuen uns über Rückmeldungen, Kritik, Veranstaltungshinweise etc.